

Verantwortliche
Redakteure:
Für den politischen Theil:
P. Joulane,
Für den literarischen und Vermischten:
J. Kleinbach,
Für den theilweisen redakt. Theil:
J. Sachseld,
sämmlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Klugkist in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition in
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Gn. Ad. Salsch, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Ode Rekl. in Firma
J. Hermann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen Kuhn
Hoffe, Haasenstein & Vogler A.-G.,
S. J. Paule & Co., Javalienstr.

Nr. 385

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
am Sonntag und Montag. Der Abonnent erhält wochent-
lich 4,50 Mk. für die Stadt Posen, 5,45 Mk. für
den Rest des Reiches. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
der Zeitung sowie alle Postämter des Reiches an.

Sonnabend, 6. Juni.

Inserate, die schlaggehaltene Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

96. Sitzung vom 5. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Verathung der Renten-
gutsvorlage.

§ 1 handelt von der Ablösbarkeit der Rente.

Ein Antrag Lerche verlangt, daß die auf Rentengütern
von mittlerem und kleinem Umfang haftenden Renten auf Antrag
eines Betheiligten nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes
durch Vermittelung der Rentenbank abgelöst werden können,
während nach den Kommissionsbeschlüssen die Ablösbarkeit
nur soweit gestattet wird, als sie nicht von der Zustimmung beider
Theile abhängig gemacht wird. Ferner will der Antrag Lerche
den Rentengutsbesitzer in jedem Falle ohne einschränkende Bedin-
gung zur Stellung des Antrages auf Ablösung berechtigen.

Ein Antrag Sombart verlangt die Ausdehnung des § 1
auch auf ganz kleine Rentengüter und die Ablösbarkeit derselben
auf Antrag sowohl der Berechtigten als auch der Verpflichteten
durch Vermittelung der Rentenbank, wenn solches im Vertrage
nicht ausgeschlossen ist.

Abg. Sombart (nl.) befürwortet seinen Antrag. In Bezug
auf den Umfang der Rentengüter verlangt er auch die Bildung
kleiner Rentengüter im Gegensatz zu der Regierungsvorlage, welche
die Bildung ganz kleiner Wirtschaften den Privaten überlassen
wolle. Im Durchschnitt der 5 östlichen Provinzen sei noch nicht
ein halbes Prozent des Gesamtareals im Besitz kleiner Leute mit
einer Wirtschaft bis zu 5 Morgen. In den Güterbezirken betrage
die Bevölkerung nur 1200 auf eine Quadratmeile gegen 4000 im
Durchschnitt Preußens; es sei da also noch sehr viel Raum für die
Schaffung kleiner Leute. In Bezug auf die Ablösbarkeit
der Rente stehe er jetzt als lokaler Unterthan auf dem Boden des
vorjährigen Gesetzes, trotzdem er dagegen gestimmt habe. Unter
Umständen sei die Unablosbarkeit sehr zweckmäßig, z. B. bei geist-
lichen Instituten, Stiftungen, Schulen. Die ablösbare Rente solle
auf die Rentenbank übernommen werden, aber voll und ganz zur
Erlangung kommen. Die Festhaltung eines Zehntels der Rente sei
von der Regierung in das vorjährige Gesetz eingeschmuggelt worden.
Warum solle der Gutsbesitzer, der Rentengüter errichtet, das Recht
haben, noch nach 2 Menschenaltern darüber zu disponiren? Das
Mißtrauen des Bauernstandes gegen den Rittergutsbesitzer sei jah-
hundertlang eingewurzelt und sei noch nicht erloschen. Deshalb
werde er auch jetzt sehr wohl überlegen, einen solchen Vertrag, wie
Redner ihn in seinem Antrag als Vorbedingung der Unablosbarkeit
vorschreiben will, einzugehen. Aber die Dummheit würden nicht alle,
und auch hier würden sich viele von den Gutsbesitzern einfinden und
an der Angel halten lassen. Um ein solches gutsherrlich-bäuerliches
Verhältnis nicht aufkommen zu lassen, habe er seinen Antrag gestellt.
Für ihn sei das ein Kardinalpunkt im Gesetz.

Abg. Brandenburg (Str.) erklärt sich gegen den Antrag
Lerche, der das Prinzip der fakultativen Unablosbarkeit aufheben
wolle. Man dürfe, da das Rentengutgesetz erst seit kurzer Zeit
bestehe, nicht so schnell an den Grundrissen des Gesetzes rütteln.
Dasselbe Bedenken sei gegen den Antrag Sombart geltend zu
machen.

Abg. Lerche (bf.) erklärt sich prinzipiell gegen das vorlie-
gende Gesetz. Leider sei es bei der Zusammenlegung des Hauses
nicht möglich, dagegen wirkungsvoll anzukämpfen. Wir sind da-
von überzeugt, daß durch die Schaffung kleiner Leute Wohl-
stand, Sparamkeitstrieb und Vaterlandsliebe geschaffen wird, wir
glauben aber nicht, daß durch das Rentengutgesetz diese Ziele
erreicht werden. Es kommt nicht bloß darauf an, daß die Leute festhalt
gemacht werden, sondern daß die festhalten Leute zufrieden sind.
Der Mann muß sich auf seiner Besitzung wohl fühlen. Das kann
aber nicht der Fall sein bei Unablosbarkeit der Renten und Ein-
schränkung der Verfügungsfreiheit. Der zufriedene selbstge Ar-

beiter ist ein wirksames Mittel gegen die Agitationen der Sozial-
demokratie, der unzufriedene Arbeiter ist aber eine soziale Gefahr.
Deshalb müssen wir nach wie vor darum bitten, von der Unab-
lösbarkeit der Rente überhaupt abzusehen. Man begründet die
Unablosbarkeit, das Verbot der Parzellierung mit der Rentenbank-
rente. Aber diese ist kein Hinderniß, denn die Rente kann dann
auf die verschiedenen Parzellen verteilt werden. Es ist mir kein
Fall bekannt worden, daß von dem vorjährigen Gesetz Gebrauch
gemacht worden ist. Es sitzen hier so viele Freunde des Gesetzes,
aber ich weiß nicht, daß sich auch nur einer veranlaßt gesehen hat,
ein Rentengut zu gründen. Dieselben Zwecke wie durch das Ge-
setz vom vorigen Jahre konnte man schon nach dem früheren Ge-
setz mit einem kleinen Umwege erreichen. Das Gesetz hat des-
halb so wenig Erfolg gehabt, weil kein Bedürfnis darnach war.
Die Abneigung gegen die unablosbare Rente ist hervorgerufen
bei den Bemühungen der Anstiedlungskommission von Posen und
Westpreußen. Da ist es nicht gelungen, die Rentengutsvererber
zu bestimmen, eine höhere unablosbare Rente zu übernehmen als
zum zehnten Theil. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß
das Institut der unablosbaren Rente überhaupt keinen Anklang
findet.

Mein Antrag steht ja mit dem Gesetz im vorigen Jahre im
Widerspruch. Aber das kann kein Bedenken erregen, da von dem
Gesetze kein Gebrauch gemacht worden ist. Unsere Anträge sind
nun in der Mitte gestellt, daß der Rentengutsbesitzer sich ein
volles freies Eigenthum verschaffen kann. Ich bitte Sie, diesen
Antrag anzunehmen.

Finanzminister Dr. Miquel: Das gegenwärtige Gesetz will
nicht den Grundcharakter des gegenwärtigen Gesetzes verändern,
sondern nur seine Durchführung und Anwendbarkeit erleichtern.
Die Frage der Unablosbarkeit ist im vorigen Jahre so ausgiebig
diskutirt worden, daß die Staatsregierung nach der kurzen Zeit
der Erfahrung, die zu kurz ist, als daß das Gesetz wesentlich hätte in
Anwendung gebracht werden können, keinen Abänderungsvorschlag
zu machen in der Lage ist. Wenn es wahr ist, daß kein Bedürfnis
vorhanden ist für die unablosbare Rente, und daß diese nur
abschreckend wirken werde, so wird das eben den Erfolg haben, daß
man nur ablösbare Renten stipuliren wird. Denn im vorigen
Jahre ist ja durch das Gesetz volle Vertragsfreiheit geschaffen
worden. Der Antrag Lerche will durch ein willkürliches
arbitrarisches Einschreiten der Rentenbank ein vertragsmäßig fest-
gestelltes Verhältnis wieder auflösen. Das ist nicht acceptabel.
Die Erfahrung wird lehren, ob Herr Lerche Recht hat mit der
Annahme, daß niemand die unablosbare Rente acceptiren wird.
Das ist ja möglich, daß man von vornherein mehr Neigung für
die Ablösbarkeit haben wird.

Von einer persönlichen Gutsunterthänigkeit, die Abg. Sombart
befürchtet, kann keine Rede sein. Der Begriff „kleinere“ ist sehr
relativ. Er gestaltet sich in den verschiedenen Gegenden verschieden
je nach Bodenbeschaffenheit u. s. w. Das Wort „kleinere“ statt
„kleine“ ist deshalb gewählt worden, damit die Rente nicht lediglich
auf den Hausbesitz konstituiert wird, sondern auf einen ländlichen
Besitz, bei welchem das Haus nicht die Hauptsache ist. Es sollen
nur Rentengüter errichtet werden, welche in ihrem ländlichen Be-
triebe eine gewisse Selbstständigkeit haben. Das Risiko ist doch immer
für die Staatsfinanzen ein großes, und zur Zeit würde die Sicher-
heit der Rentenbriefe und der Staatsfinanzen gefährdet werden,
wenn man ohne jede Schranke auf einen bloßen Hausbesitz derartige
Rentenbanken konstituiren wollte. Den anderen Theil des Antrages
Sombart verstehe ich nicht recht. Er ist überflüssig, wo die Unab-
lösbarkeit der Rente von vornherein nicht ausgesprochen ist. Und
wo erst nachher die Kontrahenten über eine Ablösbarkeit sich ein-
igen, ist er eine Beschränkung der Regierungsvorlage. Deshalb ist
diese ihm entschieden vorzuziehen.

Abg. v. Tschoppe (fr.) begreift nicht, wie man eine fakulta-
tive Unablosbarkeit bekämpfen kann; denn diese beruht doch auf
voller Vertragsfreiheit. Der freie Wille wird doch hierbei nicht

beschränkt. Die vertragschließenden Parteien müssen sich doch bewußt
sein, ob ihnen die Beschränkungen lästig werden oder nicht. Der
Hinweis auf die Resultate der Anstiedlungskommission ist insofern
nicht gerechtfertigt, als von dieser die Unablosbarkeit von ein Zehntel
ein für allemal stipulirt worden ist. Herr Lerche hat von der Zu-
friedenheit der Arbeiter gesprochen. So wenig es nach Herr Bis-
marck einen zufriedenen Millionär giebt, wird es niemals einen zu-
friedenenen Arbeiter geben.

Abg. Eberth (bf.): Die Unablosbarkeit steht im Widerspruch
mit der alten preussischen Agrargesetzgebung, und ihre Gesetzgeber
haben doch die Verhältnisse auch genau gekannt. Unser Antrag
bewegt sich also insofern in echt konservativem Sinne, wir wollen
das alte Rechtvolle erhalten. Man hat das Rentengutgesetz nach
dem Muster des Anstiedlungsgesetzes gemacht und dabei vergessen,
daß dieses Gesetz ein Kampfgesetz war und auf andere Wirkungen
berechnet war. Das Rentengutgesetz, welches zu meinem Erstaus-
druck der Autorität des Landesökonomikollegiums zu verdanken ist,
wird abhängige, unfreie Bauern schaffen. Wenn man sich auf
die Vertragsfreiheit beider Theile beruft, so vergißt man die
wirtschaftliche Ungleichheit der Parteien, nach welcher der schwächere
Theil sich von dem stärkeren vieles gefallen lassen muß. Was
man durch das Gesetz erreichen zu wollen vorgiebt, kann man auch
durch das Gesetz von 1850 erreichen. Will man ein sozialpolitisches
Gesetz machen, so schaffe man unabhängige Besitzer, die auf
ihren Besitz stolz sind. Das Gesetz ist nach den Ausführungen des
Finanzministers ein Experiment. Dieses Experiment soll gemacht
werden, ohne daß man jetzt überleben kann, welches finanzielle
Risiko der Staat eingeht. Wir bewegen uns mit unserem Antrage
auf dem Boden der gegenwärtigen Gesetzgebung, weil wir gerade
in der Agrargesetzgebung Stetigkeit für besonders notwendig
halten. Die Konsequenz der Ausführungen des Abg. Sombart wäre,
für unseren Antrag zu stimmen, den ich Sie anzunehmen bitte.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich habe nicht von einem
Experiment gesprochen, welches nach Maßgabe der Erfahrungen
später geändert werden könnte. Ich habe nur gemeint, die Wirkung
des Gesetzes kann niemand mit Sicherheit voraussehen. Ich
meinstheils glaube an den Erfolg. Ich glaube nicht, daß die
Gutsbesitzer ein Interesse an der Unablosbarkeit der Rente haben
werden. Es wird ihnen nicht daran liegen, dauernde Renten zu
empfangen, sondern ihr Kapital zu vergrößern. Jedenfalls ist das
Gesetz notwendig; ohne die Rentenbanken würde die Konstituierung
der Rentengüter nur eine seltene Ausnahme sein. Die natürliche
Tendenz in erheblichen Landestheilen ist auf die Schaffung kleinerer
und mittlerer Wirtschaften gerichtet, und diese Tendenz wird durch
die Vorlage wesentlich gefördert. Herr Sombart hat uns ja selbst
in einer Resolution zu einem solchen Vorgehen aufgefordert.

Abg. Dr. Sattler (natl.) befürwortet das Gesetz unter
Hinweis auf die bei der Verathung des vorjährigen Gesetzes be-
schlossene Resolution des Hauses, in welcher die Errichtung von
Rentenbanken gewünscht wird. Die Befürchtungen, die man an
die Unablosbarkeit der Rente knüpft, kann Redner um so weniger
theilen, als die Unablosbarkeit durch die Bestimmung gemildert
wird, daß die Berechtigung des unablosbaren Theiles auf den
Staat übergeht.

Abg. v. Salsch (Zentr.) polemisiert gegen den Abg.
Sombart, dessen Ausführungen über die Gutsunterthänigkeit geradezu
umstürzlerisch und tendenziös gewesen seien. Der Rentenverpflichtete
werde viel lieber mit dem ihm gefälligen Großgrundbesitzer zu
thun haben, als mit einem Gläubiger, der vielleicht in dem
nächsten Städtchen ein Schnapsgeschäft habe. Die Freisinnigen
seien konservativ den Dingen gegenüber, die sie selbst geschaffen
hätten; wenn aber Dinge aufrecht erhalten würden, die ihnen nicht
gefallen, dann schrien sie Peter und Paul! Der Ausdruck
„konservativ“ im Munde des Herrn Eberth imponire ihm gar
nicht. (Heiterkeit.) Herr Eberth nehme Anstoß daran, daß das
Landesökonomikollegium den Anstoß zu diesem Gesetze gegeben
habe. Sollten etwa die Handelskammern oder die Getreidepess-
lanten den Anstoß dazu geben? (Allgemeines Gelächter.)

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 5. Juni.

Wir sind, ach, schon so theatermüde in Berlin und da
hat nun die letzte Woche wieder so viel in Theater und
Konzertsaal gebracht, wobei „man“ hat zugegen sein müssen.
Die ganze Woche hindurch haben aus Anlaß der Ton-
künstler-Versammlung große Konzerte stattgefunden, denen
eine Aufführung des „Tannhäuser“ — in der Pariser Um-
arbeitung, unverkürzt — mit der grandiosen Frau Sucher
als Venus voranging. Die fünf großen Konzerte, die dann
folgten, wären geeignet, naive Gemüther wie uns auf ein
volles Jahr hinaus für allen Musikbedarf zu decken, für Mu-
siker aber und nun gar für Musikdilettanten waren auch diese
fünf sehr großen Konzerte nur wie ein Wassertropfen auf dem
heißen Stein. Ein großer Theil des Programms war den
Werken Franz Liszts gewidmet, des Begründers des All-
gemeinen Deutschen Musik-Vereins, der alljährlich diese Ton-
künstler-Versammlungen veranstaltet. Wagner und Brahms,
die ja überall jetzt gespielt werden, waren nur mit je einer
Komposition vertreten, die Mehrzahl der vorgeschriebenen Kompo-
sitionen war völlig neu oder doch unausgeführt, neben den
Arbeiten deutscher Musiker wurden auch die italienischer, russi-
scher, böhmischer, amerikanischer Komponisten vorgeführt; für
die Konzerte waren die bedeutendsten Künstler der musikalischen
Welt, die bedeutendsten Chöre Berlins gewonnen. Dazwischen
fiel noch eine Aufführung der „Salomé“ bei Kroll mit War-
cella Sembrich. Die Künstlerin war dramatisch vorzüglich,

stand gefanglich diesmal jedoch gegen Fr. v. Zandt, die vor
einigen Jahren hier diese Partie zuerst gesungen, etwas zurück.

Ins Wallnertheater ist die Pantomime eingezogen.
Du lieber Himmel, bei allen neuen Possen war das Beste
immer das, was nicht gesprochen wurde, der blöde Wortkram
unserer sogenannten Berliner Possen hat dieses Genre so
heruntergebracht, daß man die bloße Pantomime kaum noch
als einen Niedergang des Theaters empfindet. Zudem zeichnet
sich diese Pantomime — „Der verlorene Sohn“ von Michel
Carré — durch eine sehr anmuthige Musik aus, deren Kom-
ponist E. Wormser es verstanden hat, mit graziöser und
charakteristischer Kleinmalerei die pantomimische Handlung zu
verdeutlichen. So ist gewissermaßen eine Handlung in Tönen
geschaffen und dabei ist origineller Weise dem Klavier die
Hauptpartie zuertheilt worden. Neben der überraschend
hübschen Musik hatte an dem schließlich großen Erfolge die
vorzügliche Darstellung das Hauptverdienst. Anfangs be-
freudete das Experiment natürlich, und dies um so mehr, als
man es nicht mit einer burlesken Pantomime nach Art der
englischen zu thun hat, sondern mit einer wirklichen, leidlich
verständlich erachteten Handlung. Der junge Pierrot, von
Helene Odilon mit überraschendem mimischem Talent dar-
gestellt, verläßt mit dem schmucken Waschermädel Phrynette
das trauliche Heim von Mama und Papa Pierrot. Im
2. Akte ist das mitgeführte Geld Papas mit Phrynette be-
reits verjubelt, Pierrot Sohn eilt zum Spieltisch, um neue
Schätze zu erwerben, während Phrynette mit einem alten
Lebemann davonläuft. Zum Schluß kommt der leichtsinnige
kleine Pierrot zerlumpt und reuig zu seinen Eltern heim —

der Vater aber großt und stößt ihn zurück. Da erklingt aus
der Ferne ein Militärmarsch und Fr. Odilon erklärt pan-
tomimisch, daß sie — d. h. der junge Pierrot sich nun der
Armee anschließen wird.

Weniger gefallen hat eine englische Burleske, der „Faust
von heute“, der jetzt allabendlich von einer englischen Ope-
retten-gesellschaft im Konfordintheater gesungen und getanzt
wird. Es ist allerdings eine sehr sonderbare Idee, wenn Ba-
lentia erst singen und dann tanzen muß — man läßt sich auf
unseren Spezialitätenbühnen die sonderbarsten Verrenkungen
der Schlangenmenschen, die fadesten Couplets der fesch kostü-
mirten Soubretten oder wie der Kunstausdruck so schön lautet:
der „Kostümsoubretten“ gefallen, aber gegen dieses Conglo-
merat von Faust, Gesang, Grotchen und Tanz empört, trotz
der vielen hübschen Tänzerinnen, die darin mitwirken, sich denn
doch das bishen guter Geschmack, das auch in die Spezial-
tätentheater noch mitgebracht wird.

Vielleicht kommt dieses bishen Geschmack auch nicht zum
Schweigen, wenn morgen Abend im äußersten Norden und
im äußersten Osten von Berlin, im Friedrich-Wilhelmstädtchen
und im Ostendtheater die Bühne unter Wasser gesetzt wird.
Wie wir in diesem Winter einen Zirkus unter Wasser hatten,
so werden wir von morgen an zwei Theater unter Wasser
haben. Und beidemal ist ganz ernst gemeint, nicht bloß als
Satire auf die Wässrigkeit mancher Theaterdarbietung. Der
Zirkus unter Wasser ist eine englische Erfindung, das Theater
unter Wasser ist erfreulicherweise auch nicht in Berlin erdacht
worden. Wien ist uns darin vorangegangen und Berlin beizt
sich nachzukommen. Hoffentlich sind all diese Späße nur be-

Abg. v. Bodelberg (konf.) hält das vorliegende Gesetz für eine Konsequenz des vorjährigen. Die Schaffung des mittleren Grundbesitzes müsse die Hauptaufgabe sein, daher bitte er, den Antrag Sombart abzulehnen. Bezüglich der Unablässigkeit der Rente weist Redner auf die in dem Gesetze vollständig gewährte Vertragsfreiheit hin. Es habe sich heute das Bedürfnis herausgestellt, den veränderten Verhältnissen entsprechend die Agrargesetzgebung zu reformieren.

Abg. Sombart führt aus, daß die Vorlage den Zweck, dem Rentenberechtigten bares Geld oder eine höhere Rente, als sie durch Selbstbewirtschaftung möglich sei, zu verschaffen, nicht erreichen werde. Eine Selbstmachung der Arbeiter würde nur in bedingter Weise und in beschränktem Maße erfolgen.

Hierauf wird § 1 unter Ablehnung der Anträge Verche und Sombart gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines kleinen Theils des Zentrums und der Nationalliberalen in der Kommissionssatzung angenommen, ebenso §§ 2 und 3.

§ 4 bestimmt, daß, so lange eine Rentenbankrente auf dem Rentengute haftet, die Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und die Verteilung des Rentengutes sowie die Abveräußerung von Theilen desselben rechtswirksam nur mit Genehmigung der Generalkommission erfolgen kann.

In Verbindung hiermit wird der Antrag v. Jbenpliz zu § 6 (geschäftliche Vorschriften über die Rentenbank) beraten, nach welchem eine Kapitalablösung innerhalb der ersten 10 Jahre nach Begründung des Rentengutes nur mit Genehmigung der Generalkommission zulässig sein soll; ferner § 12a, welcher bestimmt, daß bei den vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichteten Rentengütern die Ablösung der Rente durch Vermittelung der Rentenbank von den Rentenberechtigten nur unter Zustimmung des Rentengutsbesizers beansprucht werden kann.

Abg. Brandenburg erklärt sich für die §§ 4 und 6 in der Kommissionssatzung mit dem Antrage v. Jbenpliz.

Abg. v. Jbenpliz (L.) befürwortet seinen Antrag, welcher der Ablösbarkeit der Renten etwas engere Schranken ziehen und der Bildung eines ländlichen Proletariats entgegenwirke. Die Rentengüter müßten vor Parzellirungen, Abverkäufen und Spekulation gesichert werden.

Abg. Verche hält zunächst den Ausdruck „Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit“ für sehr unklar. Was sei darunter zu verstehen? Die grundsätzlichen Bedenken gegen § 4 lassen eine Annahme desselben seitens meiner Partei ausgeschlossen erscheinen. Durch jede Einschränkung der Verfügungsfreiheit werde eine Wertverminderung des Gutes und eine Schwächung des Realcredits herbeigeführt. Man schädige also den Rentengutsbesitzer in seinem Vermögen. Aus diesen Gründen werden die Ziele, welche man sich nach den Motiven mit diesem Gesetz gesteckt hat, nicht erreicht werden. Ein anderes Bedenken gegen § 4 ist derjenige Artikel der Verfassung, welcher die Theilbarkeit des Grundbesitzes garantiert. Wenn man schon vor 40 Jahren auf Grund von Erfahrungen dazu gekommen sei, solche Verfügungsbeschränkungen auszumergen, so sollte man sich doch hüten, sie in die neuere Gesetzgebung hineinzubringen.

Abg. v. Tzschoppe (ft.) tritt für die zur Diskussion stehenden Paragraphen mit dem Antrage v. Jbenpliz ein. Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Pächter sei garantiert. Eine spätere Veräußerung bliebe ihnen unbenommen, wenn ihnen dann die Selbständigkeit nicht mehr passe; es solle nur Sicherheit geschaffen werden gegen eine Uebernahme eines Rentengutes aus Spekulation.

Finanzminister Dr. Miquel schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und führt für die Vorlage auch einen staatsfinanziellen Gesichtspunkt an. Bei der Prüfung der Sicherheit der Renten könne die Rentenbank nur von dem Werthe des Rentengutes als Garanz ausgehen; durch Zersplitterung würde diese Sicherheit vermindert werden. Etwas anderes wäre es, wenn auf allen abverkauften Theilen die ganze ursprüngliche Rente in solidum haften bliebe. Das sei aber nach dem Rentenbankgesetz nicht der Fall.

Abg. Sombart erklärt sein Einverständnis mit dem Antrage v. Jbenpliz, nachdem einmal § 1 angenommen sei. Im übrigen wiederholt Redner seine Bedenken gegen die Unablässigkeit eines Theils der Rente, was den Rentengutsbesitzer abhängig mache.

Abg. Dr. Sattler spricht sich dagegen gegen den Antrag v. Jbenpliz aus, weil dadurch noch eine dritte Art von Rentengütern geschaffen würde.

Abg. v. Buch (L.) befürwortet den Antrag v. Jbenpliz. Es

müßten alle möglichen Garantien gegen einen Mißbrauch des Gesetzes geschaffen werden.

Hierauf werden die §§ 4 und 12a, sowie der Antrag v. Jbenpliz zu § 6 gegen die Freisinnigen, Nationalliberalen und die Mehrheit des Zentrums angenommen, ebenso die §§ 5—11 (Ausführungsbestimmungen).

Zu § 12 (Begründung eines Rentengutes durch Vermittelung der Generalkommission) hat Abg. Verche den Antrag gestellt, alle Bestimmungen zu streichen, welche die Verpflichtung ausprechen, die Umschreibung des Eigentums in dem Grundbuche vorzunehmen.

Abg. Verche begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die Grundbuchgesetze von 1872, welche die im § 12 vorgesehenen Grundbucheintragen nicht gestatteten und von deren bewährten Grundsätzen abzuweichen kein Grund vorliege. Bei Bildung von Rentengütern ohne Mitwirkung der Generalkommission bleibe es ohnehin bei dem bestehenden Gesetz; eine verschiedene Behandlung würde nur die Rechtsbegriffe des Publikums verwirren.

Gef. Rath Dr. Hollgreve erwidert, daß auch nach dem geltenden Grundbuchgesetze nicht bloß im Falle einer Auflösung eine Umschreibung im Grundbuche erfolge, sondern daß auch in dem von diesem Gesetze vorgesehenen Fällen die Eintragung erfolgen darf.

§ 12 wird hierauf unter Ablehnung des Antrages Verche unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Gesetzentwurf betr. die außerordentliche Armenlast, Begeordnungen für die Provinz Sachsen, kleinere Vorlagen.)

Schluß 3¼ Uhr.

Deutschland.

— **Berlin, 5. Juni.** Zu Ende der nächsten Woche wird das Herrenhaus wieder in seine Beratungen eintreten. Dieser letzte Abschnitt der Verhandlungen der Ersten Kammer bekommt durch den plötzlichen Vorstoß der Konservativen im Abgeordnetenhaus gegen die Landgemeindevorordnung ein unerwartet großes dramatisches Interesse. Das Abgeordnetenhaus hat die vom Herrenhause herübergekommene Herrfurth'sche Vorlage in einer Weise abgeändert, daß das Herrenhaus, wenn es nicht geradezu Obstruktionspolitik treiben will, den Entwurf in seiner jetzigen Fassung sehr wohl annehmen kann, ohne sich auch nur das Geringste zu vergeben. Herr v. Rauchhaupt leugnet heute in einer Zuschrift an die „Nat. Ztg.“, daß ein Komplott zwischen den Konservativen und den „Hamb. Nachr.“ zum Sturze der Landgemeindevorordnung bestehe. Wer „Hamb. Nachr.“ sagt, sagt in diesem Falle natürlich Fürst Bismarck. Der konservative Führer muß es sich nun aber gefallen lassen, daß seine Behauptung zwar nicht in dem, was sie ausdrücklich enthält, wohl aber insoweit angezweifelt wird, als die Tendenzen, die von den „Hamb. Nachr.“ vertreten werden, mit der Stellungnahme der Konservativen gegen Herrn Herrfurth auffallend zusammentreffen. Verdächtig ist auch das Schweigen, das gegenwärtig in der konservativen Presse herrscht. Man gewinnt den Eindruck, als ob eine Bearbeitung des Herrenhauses gegen die Landgemeindevorordnung nicht mehr in der Öffentlichkeit betrieben zu werden braucht, weil sie hinter den Kulissen bereits gelungen ist. Trotzdem können wir nicht daran glauben, daß das Herrenhaus die Vorlage scheitern lassen möchte. Vielmehr, das Haus möchte das schon, aber es kann nicht. Aus dem Regierungslager wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß die Vorlage unter keinen Umständen fallen gelassen werden kann, und daß, obwohl die Session ihrem Ende zugeht, doch noch starke Mittel angewendet werden könnten, um den Widerstand der mißvergnügten Hochkonservativen zu brechen. Der „alte und befestigte Grundbesitz“ ist ja allerdings durch dies Bekanntniß der Staatsregierung zur bisherigen Agrarpolitik in eine freundlichere Stimmung verjert worden, aber diese Herren

sind zähe, und von Kompensationen hören sie nicht gern reden. Was sie haben, das halten sie fest, und was man ihnen giebt, damit auch sie geben, das halten sie ebenfalls fest, ohne dafür etwas zu geben. Es ist ein wahres Glück, daß die Entscheidung über eine Frage wie der Handelsvertrag nicht einer Körperschaft nach Art des Herrenhauses zusteht. Nur mit Grauen kann man an die Ereignisse verbohrtter Hartnäckigkeit denken, die da zu erwarten wären. Freilich, ein Glück ist es schließlich doch auch, daß der Widerstand des Herrenhauses, gegen was er sich immer richten mag, im Ernstfalle durch ein Pairsschub stets zu brechen ist.

— Die Agrarier fürchten sich vor der Berathung des Antrags Richter u. Gen. betreffend Vorlegung des Materials über die Getreide-Enquete. In parlamentarischen Kreisen, schreibt die „Post“, gilt es für zweifelhaft, ob der Antrag noch zur Verhandlung komme, da der Antrag Balthers u. Gen. betreffend die Befriedigung der durch die Hochwasser im Sommer und Herbst des Jahres 1890 herbeigeführten Verheerungen sowie eine große Zahl von Petitionen nach der Geschäftsordnung den Vorrang haben und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht geneigt scheint, zu Gunsten des Antrags Richter (soll heißen Richter) von den Bestimmungen der Geschäftsordnung Abstand zu nehmen. — Natürlich, wenn die Mehrheit nicht will, so kann sie die Berathung des Antrags verhindern. Wir sind nur neugierig, ob sie den Muth haben wird, eine Debatte über die Getreidezollangelegenheit zu verhindern.

Frankreich.

* Der boulangistische Abgeordnete Lucien Millevoye hat an das englische Parlamentsmitglied Labouchère nachstehenden Brief gerichtet, welchen der „Figaro“ heute veröffentlicht:

Paris, 2. Juni 1891.

Mein Herr Abgeordneter!

Eine Londoner Depesche meldet mir, daß Sie heute Abend eine Frage an das Foreign-Office richten. Sie beabsichtigen die Regierung über die Verpflichtungen oder die Versicherungen, die Lord Salisbury Italien gegenüber im Jahre 1887 oder seither gegeben hat, zur Rede zu stellen. Ich weiß zur Stunde noch nicht, ob Ihre Frage beantwortet worden ist, erachte es aber als meine Pflicht, Ihnen nachstehende Thatsachen mitzutheilen:

Ende Januar 1890 ließ Prinz Napoleon, der damals in San Remo weilte, mich durch einen gemeinsamen Freund von seinem Wunsche in Kenntniß setzen, mir dringlichst „Dinge mitzutheilen, welche die Sicherheit Frankreichs und den Frieden Europas angingen“.

Ich folgte dem Rufe. Der Prinz theilte mir mit, daß er den König von Italien gesehen und von ihm nachstehende Aeußerungen gehört habe:

„Ich brauche nichts für die Sicherheit der italienischen Küsten zu befürchten. Ich habe von dem Kabinett von Saint-James das feste Versprechen erhalten, daß die englische Flotte im gegebenen Falle zu der meinigen stehen wird, um Italien gegen jede Operation zu schützen.“

Prinz Napoleon erbot Einsprache und bemerkte, daß diese Verpflichtung von Seiten Englands einem Beitritte zur Tripel-Allianz oder sogar einer offensiven Unterstützung gegen Frankreich gleichkäme, da sie Italien die Mobilmachung erleichtere, und der König antwortete:

„Meine Absichten sind friedlich. Wenn aber ein Krieg ausbräche, so bin ich in Betreff der Küsten beruhigt; Dank der Theilnahme der englischen Flotte kann ich, wie Sie sagen, meine Armee in Sicherheit mobil machen.“

Prinz Napoleon war durch diese Enthüllungen sehr erregt und entgegnete: „Sie können keinen Vertrag mit England haben. Derart lange und ungewisse Verpflichtungen widersprechen den Ueberlieferungen des Foreign-Office. Geheime Verträge laufen

rechnet, den Kampf der Theaterkassen gegen die sommerliche Ungunst aufzunehmen und die Theater über Wasser zu halten. Wenn die eigentliche Theaterzeit beginnt, werden die Wasser des Ungeschmacks sich hoffentlich bereits verlaufen haben — wir hoffen das selbst auf die Gefahr hin, daß die spekulativen Theaterdirektoren dann völlig auf dem Trocknen sitzen.

Seit vorgestern sind auch die Münchener wieder hier — sie werden diesmal einen schweren Stand haben. Erstlich fehlt der köstliche Neuert, eine schauspielerische Kraft allerersten Ranges, der freilich, da er am liebsten in eigenen Stücken spielte, für die Gestaltung des Repertoires etwas hinderlich war, und ferner sind wir durch die Anzengruber-Aufführungen des Deutschen und des Lessingtheaters etwas verwöhnt. Die einzig bedeutende und wirklich erfreuliche Gabe dieser Woche hat das Schauspielhaus gebracht, das unter der Direktion Grubes sich wieder in die erste Reihe der Berliner Bühnen gestellt hat. Man gab Ibsens aus dem Ende der fünfziger Jahre stammendes Schauspiel „Die Kronpräsidenten“, eine überaus interessante Dichtung, in der vielfach schon die Eigenarten des heutigen Ibsen sich zeigen. Ja noch mehr: aus dieser Schöpfung wird klar, Ibsen ist ein weit größerer Dichter, als gerade seine letzten Arbeiten glauben lassen; der Poet in ihm ist in den letzten Jahren vielleicht allzusehr von dem scharfen kampflustigen Denker Ibsen zurückgedrängt worden.

Die „Kronpräsidenten“ schildern den Kampf Hakon Hakonson um die Krone Norwegens. Was ist uns aber Hakon und sein Widersacher Jarl Skule und das Norwegen des 13. Jahrhunderts. Und doch hat Ibsen diesen spröden Stoff so vertieft, daß er uns fesselt und ergreift. Während der erste Akt noch völlig gleichgültig läßt, wie etwa einzelne Szenen der Shakespearischen Historien, wächst der Dichter vom Ende des 2. Aktes oft zu der Größe Shakespeares empor. Zwischen Hakon und Jarl Skule hat der Dichter eine Figur gestellt, würdig neben Richard III. und Franz Moor genannt zu werden, den Bischof Nikolas. Als Knabe schon hat er nach großen Thaten gedürstet, aus dem mächtigsten Geschlechte stammend, wollte er der Mächtigere werden. Es gelüstete ihn, Männer zu tödten und Frauen zu umarmen — doch ein Zeigling war er und ein Krüppel. Da ward er schlecht und

da er selbst nicht der Mächtigste sein konnte, schürt er mit dämonischer Verschlagenheit den Zwist zwischen Hakon und Skule. Und da es zum Sterben kommt, getödtet er sich, daß die im Himmel droben von ihm, dem Halbmanne, nicht begehren dürfen, was sie von denen verlangen können, die im Vollbesitz ihrer Kräfte sind. Nicht der Himmel dürfe ihn richten! denn an ihm habe der Himmel gesündigt, er sei der Ankläger.

Mit ungemein psychologischer Kunst hat Ibsen den Konflikt zwischen Hakon und Jarl Skule dann noch von Innen heraus geschärft. Hakon ist erfüllt von dem Königsgedanken, ganz Norwegen, bisher nur ein Reich, müsse ein Volk werden: alle Bewohner Norwegens sollen eins sein und sich eins fühlen. Jarl Skule nennt das einen satanischen, unerhörten Gedanken; in der Erbitterung darüber läßt er sich als Gegenkönig küren. Doch unter seiner usurpirten Krone reifen keine Königsgedanken; nur der Gedanke Hakons erfüllt ihn ganz und wie mit Widerhaken fleischt er sich in seine Seele ein. Er faßt Wurzel und keimt weiter. Und da Skule seinen von der Geliebten ihm geborenen Sohn findet, da lockt er ihn zu sich durch seinen Königsgedanken. Um dieses Gedankens willen zieht der Sohn seine Mönchskutte aus, um dieses Gedankens willen begehrt er Kirchenraub und schändet das Heiligthum König Olafs. Der Königsgedanke Hakons treibt Skule in den Tod, vernichtet ihm die Seele des Sohnes, der dann dem Vater zur Sügne freiwillig in den Tod folgt.

Neben Gestalten von scharfer charakteristischer Prägung interessiert dann besonders die schon ganz im späteren Ibsen thum sich bewegende Figur des Skalden, der die Gabe des Leidens und des Schmerzes rühmt. In seinen Worten findet sich schon die spätere Symbolik des nordischen Dichters — in ihm und vielen anderen Gestalten und Wendungen finden sich Ausblicke und Hinweise auf die verschlungenen Wege, die Ibsen dann gewandelt ist bis zu seiner heutigen einsamen Größe.

Das Schauspielhaus verdient für die Aufführung der interessanten Dichtung volle Anerkennung. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß gerade das Schauspielhaus an große dichterische Arbeiten sich macht, trotzdem es mit so leeren pseudo-patriotischen Spektakelstücken wie Wildenbruchs „Neuem Herrn“ so große Erfolge andauernd erzielt.

Konzert.

Wien, 6. Juni.

Herr Hofmusikdirektor Eduard Strauß hatte das erste seiner diesmaligen zwei Konzerte, welches gestern Abend im Zoologischen Garten bei großem Andrang des Publikums stattfand, ausschließlich mit Operettenmusik ausgestattet. Bei der kühlen Witterung, die einen längeren Aufenthalt im Garten unmöglich machte, war das Konzert in den Saal verlegt, und so hatten wir zum ersten Male Gelegenheit, die brillant eingespelte Kapelle im geschlossenen Raume zu hören. Da der Tonkörper hier mehr zusammen gehalten wird, so war die Wirkung eine viel reizvollere, und besonders kamen die Streichinstrumente, in erster Linie die Violine, mit ihrer intensiven Kraftäußerung weit mehr zur Geltung, wie denn überhaupt die virtuosenmäßige Leistungsfähigkeit der Kapelle in Bezug auf pikante Rhythmik und scharf gegliederte Melodik erst im Saale recht überraschende Effekte erzielte. Herr Strauß beschränkt seine Programme auf leicht ansprechende Unterhaltungsmusik, welche für den Rahmen solcher Konzerte auch viel mehr am Platze ist als die schwer wiegenden Stücke aus der modernen deutschen Opergattung eines Wagner, welche, abgesehen von dem Wegfall des Wortes und der Szenerie, für Konzerte, welche mehr der momentanen flüchtigen Unterhaltung gewidmet sind, wenig geeignet erscheinen. Vielleicht geben die Strauß'schen Konzerte nach dieser Richtung hin anderen ähnlichen Konzertunternehmungen hier am Orte einen beachtenswerthen Fingerzeig. Leicht hingeworfene Operettenouvertüren, Potpourris und nach Operettenmotiven arrangierte Tänze wechselten gestern im bunten Gemisch mit einander ab. Ueberall trafen die Zuhörer auf alte, geläufig gewordene Melodien und Tonstücke, welche, mit der Strauß'schen Bravour und Schlagfertigkeit vorgetragen, von neuem wieder ihre zündende Kraft auf die Menge ausübten. Es war ein bunt schillerndes glänzendes Durcheinander, welches kaleidoskopartig an unserm Ohr vorüberstürzte und welches, wie gesagt, bei dieser brillanten Darstellungsweise ihrer reizvollen Wirkung nie entbehrte. Das zweite Konzert wird einen Walzer-Abend bringen, an welchem außer dem Walzerkönig Johann Strauß Vater und seinen drei Söhnen Johann, Joseph und Eduard auch der erste Wiener Sängerkreis Josef Lanner vertreten sein wird.

WB.

der englischen Verfassung zumider." Der König brach die Unterredung mit den Worten ab:

"Ich habe Ihnen nichts weiter zu sagen. Das kann ich Ihnen versichern, daß die Regierungen Italiens und Englands Depeschen ausgetauscht haben, welche bestimmte Verpflichtungen enthalten; ich hege volles Vertrauen zu dem geschriebenen Worte der englischen Regierung."

Nachdem Prinz Napoleon mir dieses ernste Geheimniß anvertraut hatte, sagte er zu mir:

"Ich wollte ein französisches Parlamentsmitglied benachrichtigen, weil die Regierung der Republik davon in Kenntniß gesetzt werden muß. Auch die öffentliche Meinung Englands wird aufgeklärt werden müssen. Hierüber zu sprechen habe ich nicht das Recht. Allein die Stunde wird kommen, da wir das Mittel, Licht zu verbreiten, finden werden."

Ich habe den ersten Theil meiner Pflicht erfüllt. Die Regierung der Republik ist benachrichtigt worden. Der Tod hat den Prinzen Napoleon dahingerafft, ehe er seinen Plan durchführen konnte. Die Debatte, welche heute im Unterhause beginnt, gestattet mir nicht länger, die öffentliche Enthüllung einer Thatfache zu verschieben, welche Ihr Land nicht minder angeht, als das meine.

Da der Intimus des Prinzen Napoleon, Herr Georges Poignant, welchem Willeroche sein Schreiben an Herrn Labouchère mitgetheilt hat, die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben jetzt "bestätigt" und das Schreiben geeignet ist, einiges Aufsehen zu erregen, so bringen wir dasselbe nachträglich noch zum Abdruck.

Griechenland.

* Ueber die Vorgänge auf Korfu und Zante schreibt man der "Nat. Ztg.": Auf Korfu sowie auf den anderen Inseln ist der normale Zustand wieder hergestellt, allein befriedigend ist er nicht, denn die Nachwirkungen der bellagierten Vorgänge werden noch lange dauern, zumal es auch jetzt noch einer starken Repression bedarf, um die Erneuerung von Unruhen hintanzuhalten. Es lassen sich auch jetzt die Verhältnisse klarer als zur Zeit der stattgehabten Exzesse überschauen, zumal die tendenziösen Berichte viel zur Verdunkelung der Lage selbst beigetragen haben. Die Vorgänge besonders auf Korfu waren arg genug, daß es nicht notwendig war, sie noch schwärzer zu malen, und die Uebertreibungen übten eine üble Rückwirkung auf die Haltung der hiesigen Presse aus, von welcher ein Theil durch heftige Artikel das Seinige dazu beigetragen hat, Del ins Feuer zu gießen. Im Auslande hat man die Vorgänge auf Korfu meist nur unter dem Gesichtspunkte der Judenhege besprochen und ist hierdurch zu einem einseitigen Urtheile gelangt. Hier aber, wo man den Verhältnissen näher steht, konnte man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die Vorgänge einen ernsthaften politischen Hintergrund hatten und noch immer haben. Trikupis betreibt eifriger denn je die Vorbereitungen, um bei einer sich darbietenden günstigen Gelegenheit wieder aus Ruher zu kommen, und es scheint, daß er für diesen Zweck auch Anknüpfungen im Auslande, besonders in den Balkanländern sucht, in welchen er mit leitenden Männern persönlich zusammenzutreffen beabsichtigt. Die Juden auf Korfu sind seine Anhänger. Das weiß die Regierung, und die Vermuthung liegt nahe, daß dieser Umstand für die Regierung Anfangs bestimmend wirkte, nur halbe Maßnahmen zu ergreifen. Es handelte sich weniger darum, den Juden den erforderlichen Schutz zu versagen, als mit der auf der Seite der Regierung stehenden christlichen Bevölkerung zu liebäugeln. Da man nun nicht gegen letztere auftreten wollte, dennoch aber die Juden in das Regierungslager zurückzuführen wünschte, so geriethen die Behörden in eine zweideutige Haltung, aus der sie sich erst jetzt wieder herausfinden.

Aus dem Gerichtssaal.

* London, 3. Juni. [Der Baccarat-Skandal.] Der Gerichtssaal war auch am zweiten Tage des Prozesses ebenso überfüllt, wie am Tage vorher. Die Creme der Londoner Gesellschaft hatte sich wiederum eingefunden und folgte dem Laufe der Verhandlungen mit dem lebhaftesten Interesse. Viele Damen hatten sich weise für den ganzen Tag vorbereitet und zur Stärkung des inneren Menschen Speisen wie Getränke mit zur Stelle gebracht, denen sie ungenirt vollste Gerechtigkeit widerfahren ließen. In den Gallerien saßen ganze Reihen fashionabler Schönheiten, welche ihre Vorgetten unverwandt auf den Kläger, die Angeklagten und die Anwälte richteten, und gleichzeitig mit größter Gewissenhaftigkeit das Gesicht des Prinzen von Wales studirten, welches denselben heiteren Ausdruck wie gestern zur Schau trug. Sir Charles Russell setzte das Kreuzverhör des Klägers fort, das besonders gegen Schluss einen sehr dramatischen Anstrich bekam, als der gegnerische Anwalt auf die Verlesung eines als "privat" bezeichneten Briefes bestand. Derselbe wurde indes schließlich nicht zugelassen, was wohl vielen der Zuschauer Enttäuschung bereitete, denn man hatte sich schon auf sehr pikante Enthüllungen gefaßt gemacht. Hierauf fand die Zeugenvernehmung des britischen Chronoflogers statt, welcher aussagte, daß er Sir William Gordon-Cumming seit 20 Jahren gekannt habe und mit ihm bis September 1890 häufig zusammengetroffen sei. Der Prinz von Wales gab alsdann genau Aufschluß über den Verlauf der Ereignisse in Tanby Croft, nachdem er von dem angeblichen Falschspiel des Klägers gehört hat. Hierauf folgte ein etwa 10 Minuten währendes Kreuzverhör, während welcher Zeit tiefstes Schweigen herrschte. Der Prinz von Wales wohnte nach der Frühstückspause wider Erwarten der Vernehmung des Generals Owen Williams bei, der eine der Hauptrollen in der Affaire gespielt hatte. Morgen wird die Vertheidigung ihren Anfang nehmen, der man, wie wohl kaum erwähnt zu werden braucht, allseitig mit Spannung entgegensteht.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 5. Juni. Nach telegraphischer Meldung von heute haben die Räuber den Maschinisten Freudiger mit Briefen nach Kitzbühel geschickt, um Vorschläge wegen der Auszahlung des Lösegeldes zu überbringen. Seitens der türkischen Regierung sind wiederholt die strengsten Befehle erteilt worden, keine Truppenbewegungen vorzunehmen.

Bochum, 5. Juni. In der Verhandlung des Beleidigungsprozesses gegen den Redakteur Fusangel wegen der Steuerartikel, welche derselbe in der "Westfälischen Volkszeitung" veröffentlicht hatte, erklärte sich heute der Vertheidiger Fusangels zum Beweise bereit, daß angeblich der Bochumer Verein seit langer Zeit Stempelfälschungen bei Schienen und Lokomotivachsen vorgenommen habe. Der Gerichtshof bezieht sofort, ob die Unternehmung dieser Behauptung aus der Verhandlung auszuschneiden oder die angebotene Beweisführung zuzulassen sei.

Bochum, 5. Juni. [Steuerprozess.] Die heute von

dem Vertheidiger des Redakteurs Fusangel angekündigte Beweisführung wegen angeblich im Bochumer Verein vorgekommener Stempelfälschungen bei der Abnahme von Schienen und Lokomotivachsen wurde von dem Gerichtshof von dem eigentlichen Steuerprozess ausgeschlossen.

Hamburg, 5. Juni. Der "Hamb. Börsenb." aus Kamerun vom 18. April vorliegende Berichte enthalten nichts über einen von englischen Blättern behaupteten Unfall einer angeblich deutschen Expedition in Kamerun. Der "Börsenb." zufolge sind diese englischen Berichte erfunden. Eine Expedition unter Anführung des Gouverneurs habe nicht stattgefunden. Der Weg von der Küste bis zur Station Barombi sei vollständig frei.

Wien, 5. Juni. [Abgeordnetenhaus.] Die Vorlage betreffend die Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit mit Rücksicht auf die Vereinigung mehrerer Gemeinden und Gemeintheile mit Wien, zu deren Annahme eine Majorität von zwei Dritteln nöthig war, wurde mit 181 gegen 4 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Die Antisemiten und Jungexcehen entfernten sich vor der Abstimmung. Hierauf brachte Steinwender eine Interpellation über die Verhältnisse der Südbahn ein.

Wien, 5. Juni. Dem Abgeordnetenhaus ist heute ein Gesetzentwurf über den Verkehr mit Lebensmitteln, Spielwaaren, Tapeten, Kleidungsstücken und zur Aufbewahrung von Lebensmitteln verwendeten Gegenständen zugegangen. Der Gesetzentwurf nimmt die Errichtung staatlicher Untersuchungsanstalten sowie von Unterrichtskursen zur Heranbildung der Organe der Gesundheitspolizei in Aussicht.

Wien, 5. Juni. Ein Bericht der "Polit. Korresp." aus Konstantinopel giebt dem festen Entschlusse der Pforte Ausdruck, den Zuständen, welche den Ueberfall des Juges ermöglicht haben, ein Ende zu machen. Sofort nach Befreiung der Gefangenen sollen die Grenzen der Provinzen militärisch besetzt, und ein Kesseltreiben gegen die Briganten veranstaltet werden. Eine exemplarische Bestrafung derselben sei beabsichtigt; denn die Regierung habe die ernste Absicht, das Räuberwesen in der Provinz Adrianopel vollständig zu vernichten. Die Pforte soll sich bereit erklärt haben, die Vorschläge des deutschen Botschafters v. Radowiz in dieser Beziehung zu befolgen.

Wien, 5. Juni. Nach Meldungen aus Graz ist Graf Hartenau (Fürst Alexander von Bulgarien) ernstlich an Gallenstein erkrankt.

Ziethen, 5. Juni. Der ehemalige Ministerpräsident Hasner ist gestorben.

Prag, 5. Juni. In Angelegenheit des Prozesses gegen den Rechtskandidaten Cizek wegen der bekannten Ausschreitungen in der Landesausstellung veröffentlicht Dr. Salz, der Rechtsanwalt des mißhandelten Ausstellungsbesuchers Müller (Berlin), eine Erklärung gegen den Bericht, daß nach Aussage des gerichtlich vernommenen Wachtmeisters die angegriffene Gesellschaft augenscheinlich betrunken gewesen sei. Der Wachtkommandant Seblak habe vielmehr ausdrücklich erklärt, daß die Herren nüchtern waren und nur Herr Müller in Folge des ihm von Cizek versetzten Schlages aufgeregt gewesen sei.

Bern, 5. Juni. (Nationalrath.) Im Verlaufe der Berathung der Vorlage wegen Ankaufs von 50 000 Stück Zentralbahnaktien sprach sich Professor Speiser (Basel) gegen den Ankauf aus, Direktor Marti befürwortete denselben in längerer mit Beifall aufgenommener Rede, in welcher er auf den Erfolg hinwies, welchen Preußen mit der Verstaatlichung seiner Bahnen gehabt hat. Die Diskussion wurde hierauf abgebrochen. Es findet eine Abend Sitzung statt.

Paris, 5. Juni. Nach Meldungen aus Buenos-Ayres ist dem Senat ein Gesetzentwurf betreffend die sechsmonatliche Stundung aller Zahlungen in Gold vorgelegt worden.

Paris, 4. Juni. In Folge einer Unterredung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Yves Guyot mit der Arbeiter-Abordnung und dem Direktor der Orleans-Eisenbahngesellschaft scheint die Gefahr eines Ausstandes beseitigt.

Lissabon, 4. Juni. Deputirtenkammer. Vocage brachte den Bericht über den englisch-portugiesischen Vertrag ein, der sich über den Vertrag in günstigem Sinne ausspricht. Die Berathung erfolgt am Sonnabend.

Lissabon, 5. Juni. Die Polizei beschlagnahmte sämtliche Exemplare des heute zum ersten Male erschienenen Blattes "Revolte" und verbot dessen weitere Veröffentlichung.

Washington, 5. Juni. Der Sekretär der Marine, Tracy, erklärte in einem Interview, daß die chilenische Kongreßpartei die Flucht des Dampfers "Stata" aus Acapulco mißbilligt und Eröffnungen für eine friedliche Uebergabe des Schiffs gemacht hätten. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Eröffnungen angenommen, ohne jedoch die Kongreßpartei als kriegsführende Macht anzuerkennen. Die "Stata" werde jetzt behufs einer gerichtlichen Aburtheilung nach San Diego gebracht werden.

San Francisco, 4. Juni. Meldungen aus Chile bringen Einzelheiten über den Zusammenstoß vom 28. April zwischen dem Kreuzer der Aufständischen "Magallanes" und den Schiffen des Präsidenten Balmaceda "Sargents Aldea", "Almirante Condell" und "Almirante Lynch" auf der Rade von Valparaiso. Dieser Zusammenstoß erfolgte vier Tage nach der Schlacht in der Bucht von Charnaval. Mehr als 100 Personen wurden dabei getödtet; die Hälfte davon kommt auf den "Magallanes". Der "Almirante Condell" war auf dem Punkte zu kentern, wurde jedoch nach dem Quai gebracht. Der "Sargents" ist übel zugerichtet; weniger beschädigt wurde der "Almirante Lynch".

Hamburg, 5. Juni. (H.A.B.A.G.) Der Postdampfer "Wieland" ist heute 4 Uhr Morgens, von Hamburg kommend, in Newyork eingetroffen. Der Schnelldampfer "Augusta Viktoria" ist, von

Newyork kommend, gestern Abend 11 Uhr in Southampton angekommen. Der Postdampfer "Scandia" hat, von Newyork kommend, heute Morgen 3 Uhr Lizard passiert.

Handel und Verkehr.

** Graf Hendel v. Donnermarkische Kohlenwerke. Von maßgebender Seite wird dem "Berl. Börs.-Cour." die Mittheilung der Wiener Presse über den Verkauf der Graf H. Hendel v. Donnermarkischen Kohlenwerke in Schlesien als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 5. Juni.

Gold in Barren pr. Kilogr. 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilogr. 132,00 Br., 131,50 Gd.

Breslau, 5. Juni. Schwach.

3 1/2 %ige L.-Pfundbriefe 96,90, 4 %ige ungarische Goldrente 91,20, Konjolidirte Türken 18,15, Türkische Loose 74,00, Breslauer Diskontobank 97,50, Breslauer Wechselbank 100,00, Schlesische Bankverein 114,50, Kreditaktien 163,00, Donnermarkische 81,50, Oberschles. Eisenbahn 66,75, Oppelner Zement 88,00, Kramphaus, Laurahütte 124,10, Verein. Delfabr. 103,00, Oesterreichische Banknoten 173,45, Russische Banknoten 241,35. Schles. Zinkaktien 192,90, Oberschles. Portland-Zement 86,00, Archimedes 111,50, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Güttentrieb 122,25, Flöther Maschinenbau. Schlesische Dampfmaschinenfabrik. 4 1/2 %ige Obligationen der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Güttentrieb in Gleiwitz 101,00. Neue 3proz. Reichsanleihe 85,60.

Frankfurt a. M., 5. Juni. (Schluß.) Realisationen.

Gold. Wechsel 20,447, 4proz. Reichsanleihe 105,95, österr. Silberrente 80,00, 4 1/2 %ige Papierrrente 80,20, do. 4proz. Goldrente 96,40, 1880er Loose 125,00, 4proz. ungar. Goldrente 91,30, Italiener 91,80, 1880er Russen 93,50, 3. Orientanl. 75,20, unifiz. Egypter 97,20, lomb. Türken 18,17, 4proz. türk. Anl. 82,40, 3proz. port. Anl. 45,30, 5proz. serb. Rente 88,40, 5proz. amort. Rumänier 99,30, 6proz. lomb. Mexik. 86,00, Böhm. Westb. 308, 308, Böhm. Nordbahn 166, 166, Franzosen 233, 233, Galizier 188, Gotthardbahn 148,40, Lombarden 91, 91, Lübeck-Büchen 158,80, Nordwestb. 178, 178, Kreditakt. 260, 260, Darmstädter 137,90, Mittelb. Kredit 102,70, Reichsb. 144,10, Disk.-Kommandit 180,50, Dresdner Bank 142,70, Pariser Wechsel 80,833, Wiener Wechsel 173,30, serbische Tabaksrente 88,50, Privatdiskont 3 1/2 %ige, 3 Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 260, 260, Disk.-Kommandit 180,30, Bochumer Gußstahl -, Harpener 185,70. Wien, 5. Juni. (Schlußkurse.) Nach festen Verlauf drückten Arbitrageabgaben, Lombarden und böhmische Bahnen matt, Staatsabgeschwächt, Czernowitzer und Galizier fest.

Österr. 4 1/2 %ige Papierrrente 92,65, do. 5 %, 102,30, do. Silberr. 92,60, do. Goldrente 111,10, 4proz. ungar. Goldrente 105,35, do. Papierrrente 101,55, Länderbant 212,50, österr. Kreditaktien 300,50, ungar. Kreditaktien 343,25, Bankverein 113,00, Elbthalbahn 215,75, Galizier 218,00, Lemberg-Czernowiz 244,00, Lombarden 102,10, Nordwestbahn 206,00, Tabaksaktien 160,25, Napoleons 9,33, Marknoten 57,55, Russ. Banknoten 1,38, Silbercoupons 100,00.

Die Lombarden verlaufen heute auf die Nachricht, daß der Abgeordnete Steinwender beabsichtigt, zum Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses die Regierung über die Verstaatlichung der Südbahn, sowie über die Verhältnisse der Südbahngesellschaft, die Herabsetzung der Südbahntarife und die thunlichste Beschleunigung des Ausbaus des südlichen Eisenbahnnetzes zu interpelliren.

Paris, 5. Juni. (Schluß.) 3 % am. Rente 95,80, 4 1/2 %ige, Anl. 104,95, Ital. 5 % Rente 93,47, österr. Goldrente 96, 4 %, ungar. Goldr. 92,56, 3. Orient-Anl. 75,68, 4proz. Russen 1889 98,60, Egypter 486,87, lomb. Türken 18,45, Türkenloose 72,25, Lombarden 227,50, do. Prioritäten 329,00, Banque Ottomane 584,00, Panama 5proz. Obligat. -, Rio Tinto 573,10, Tabaksaktien 348,00. Neue 3proz. Rente 93,46. Fest.

Die Börse war sehr fest, doch wenig belebt. Auswärtige Berichte lauten günstiger. Die Lage in Buenos-Ayres scheint sich zu beruhigen. Portugiesen fest auf Meldungen über den günstigen Ausgang der Verhandlungen mit Carvalho. Erholungen in Türkenwerthen, Kupfer und Eisen.

London, 5. Juni. (Schlußkurse.) Fest. Engl. 2 1/2 %ige Consols 95 1/2, Preuß. 4proz. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 92 1/2, Lombarden 9, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 98 1/2, lomb. Türken 18, 4proz. österr. Silberrente 80, österr. Goldrente 95, 4proz. ungar. Goldrente 91 1/2, 4proz. Egypter 73 1/2, 3 1/2 %ige, Egypter 91 1/2, 4proz. unifiz. Egypter 96 1/2, 3proz. ottomanbank 13 1/2, Suezaktien 107, Canada Pacific 80 1/2, De Beers neue 14 1/2, Privatdiskont 3 1/2 %ige.

Rio Tinto 22 1/2, 4 1/2 %ige, Rupees 76 1/2, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 64, Argentin. 4 1/2 %ige, äußere Goldanleihe 32, Neue 3proz. Reichsanleihe 82 1/2, Silber 44 1/2.

In die Bank flossen 215 000 Pfd. Sterl.

Buenos-Ayres, 4. Juni. Goldagio 342,00.

Rio de Janeiro, 4. Juni. Wechsel auf London 17.

Newyork, 4. Juni. 500 000 Dollars Gold sind zur Verchiffung für Sonnabend bestellt worden.

Produkten-Kurse.

Höln, 5. Juni. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 25,00, do. fremder loco 25,00, per Juli 23,25, per November 22,15. Roggen hiesiger loco 21,00, fremder loco 22,00, per Juli 20,50, per November 19,30. Hafer hiesiger loco 18,50, fremder 18,50. Rübbi loco 64,50 per Oktober 64,40.

Hamburg, 5. Juni. Zuckermarkt (Nachmittagsbericht.) Rübenzucker I. Produkt Basis 88 pEt. Rendement neue Ufance, frei ab Bord Hamburg per Juni 13,30, per August 13,45, per Oktober 12,32, per Dezember 12,32. Geschäftlos.

Hamburg, 5. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco fest, polsteimischer loco neuer 238-245, Roggen loco fest, medienburg. loco neuer 218-220, russischer loco fest, 158-160. Haier ruhig. Gerste ruhig. Rübbi (unverz.) fest, loco 62,00. - Spiritus matt, per Juni-Juli 35 Br., per Juli-August 35, - Br., per August-September 36, Br., per Sept.-Oktober 36, Br. - Kaffee ruhig. Umjaz 1500 Sac. - Petroleum ruhig, Standard white loco 6,45 Br., per August-Dez. 6,65 Br. - Wetter: Bewölkt.

Bremen, 5. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6,40 Br. Stetig.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 114 1/2 Gd.

Norddeutsche W. Aktiengerei 160 Br.

Wien, 5. Juni. Produktenmarkt. Weizen loco flau, per Juni 9,75 Gd., 9,80 Br., per Herbst 9,53 Gd., 9,55 Br., Hafer per Herbst 6,00 Gd., 6,02 Br. - Mais per Juni 1891 6,22 Gd., 6,24 Br., per Juli-August - Gd., - Br. - Kolbraps per August-September 16,65 Gd., 16,75 Br. - Wetter: Schön.

Paris, 5. Juni. (Schlußbericht.) Rohzucker 883 behauptet, loco 34,75. Weißer Zucker träge, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 35,37, per Juli 35,50, per Juli-August 35,62, per Oktober-Januar 34,87.

Paris, 5. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Juni 30,10, per Juli 29,90, per August 29,20, per

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp. (A. Köstel) in Bosen